

ANZEIGE



Entdecken Sie Ihr Geld neu.
Lesen Sie mehr zu aktuellen Themen.

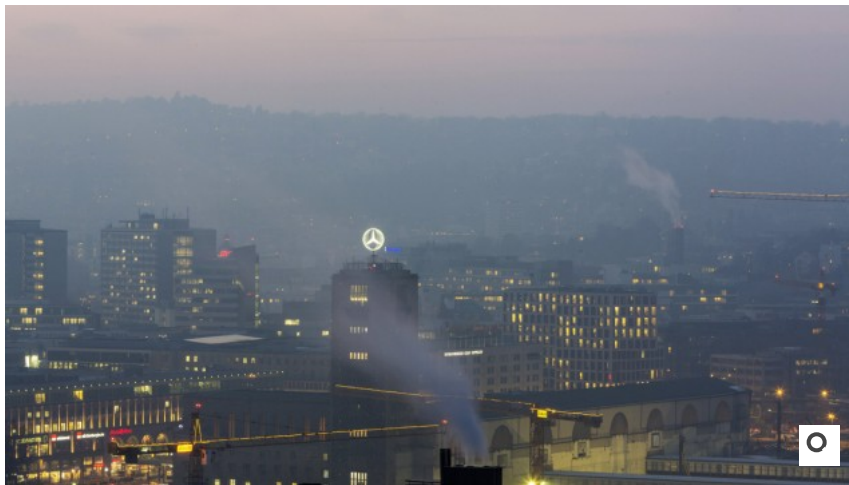
[Mehr erfahren >](#)

Home > Wirtschaft > Bundesregierung muss zum Rapport beim Umweltkommissar

Presseportal | Baufinanzierung

30. Januar 2018, 10:58 Uhr Abgase

Bundesregierung muss zum Rapport beim EU-Umweltkommissar



Dicke Luft überm Stuttgarter Kessel - etliche Städte in Deutschland haben Probleme mit der hohen Feinstaubbelastung. (Foto: Arnulf Hettrich/imagio)

Deutschland hält viele EU-Grenzwerte für schädliche Stickoxide oder Feinstaub nicht ein.

Ein Treffen in Brüssel an diesem Dienstag soll die "letzte Chance" zur Nachbesserung sein, so die Kommission.

Umweltverbänden geht das nicht weit genug.

[Feedback](#)

 Von Markus Balser, Berlin

Es dürfte ein ungemütlicher Vormittag werden. Für diesen Dienstag hat EU-Umweltkommissar Karmenu Vella die Bundesregierung, aber auch andere EU-Länder nach Brüssel zum Rapport bestellt. Denn selbst nach jahrelangem Vorlauf halten viele die EU-Grenzwerte für schädliche Stickoxide oder [Feinstaub](#) nicht ein. Als Hauptursache gelten die vielen Diesel-Autos und -Lastwagen. Vella nennt dies die "letzte Chance" für Nachbesserungen. Sonst droht Deutschland eine Öko-Klage aus Brüssel.

Noch Mitte Januar hatten Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) in einem Brief an Vella versucht, eine härtere Gangart Brüssels in letzter Minute zu verhindern. "Wir können Ihnen versichern, dass wir in unseren Bemühungen zur Emissionsreduzierung

ANZEIGE



Hewlett Packard Enterprise
Präsentiert von HPE und Intel®

Leitfaden für eine zukunftssichere Flash-Speicherstrategie.

- Speicher als Herausforderung für Unternehmen.
- Features und Vorteile der Flash-Technologie.
- Migration auf ein All-Flash-Rechenzentrum.
- Kriterien für die Wahl eines Flash-Anbieters.

nicht nachlassen", hieß es dort. Freundlich baten die beiden Minister aus Deutschland darum, "derzeit von weiteren Schritten im Vertragsverletzungsverfahren abzusehen". Um den eigenen guten Willen zu belegen, listeten sie ein "umfassendes Maßnahmenbündel zur Senkung des verkehrsbedingten Luftschadstoffniveaus" auf. Dazu zählen mehr Elektroautos in Städten und die Nachrüstung von Bussen.

Forschen, bis es passt

Die Autokonzerne versuchten systematisch, die Folgen von Dieselabgasen schönzureden. Nun gibt man sich empört. Doch einige Manager wussten Bescheid. *Von Markus Grill, Max Hägler, Antonius Kempmann und Klaus Ott* [mehr ...](#)

Doch noch bevor die Minister in Brüssel eintreffen, bekommt Vella nun schon wieder Post aus Deutschland. Diesmal von den vier Umwelt- und Verkehrsverbänden BUND, Nabu, Deutsche Umwelthilfe und Verkehrsclub Deutschland. Der Tenor des Papiers an die Kommission ist für die eigene Regierung eine Blamage: Die Kommission möge doch bitte gegenüber den Besuchern aus Deutschland hart bleiben. Denn sonst ändere sich wohl nichts an der schlechten Luft für die Deutschen. Anders als die Bundesregierung und die handelnden Minister Hendricks und Schmidt behaupten, seien die aktuell angekündigten Maßnahmen keineswegs Mittel zur Einhaltung der Grenzwerte, monieren die Verbände.

Warnungen auch an andere EU-Staaten

Im Gegenteil: Die Belastungen für Menschen und Umwelt würden über Jahre hinweg zementiert und die gewünschten Erfolge nicht erzielt, heißt es in dem Schreiben. Die Verbände fordern deshalb von der EU, das Vertragsverletzungsverfahren weiterzuführen. Nur solcher Druck könne die Bundesregierung auch zu härteren Maßnahmen bewegen. Für die Bundesregierung bedeutet der Brief bereits die zweite Demontage der eigenen Abgasstrategie. Vor zehn Tagen war bekannt geworden, dass in mehreren nach dem nationalen Diesel-Gipfel einberufenen Expertengruppen heftiger Streit entbrannt ist. So verweigerte die Umweltorganisation BUND die Zustimmung zu einem Abschlusspapier - und verfasste aus Protest ein eigenes. In einer zweiten Arbeitsgruppe, bei der es um die Nachrüstung geht, ist unklar, ob es überhaupt zu einem Abschlussbericht kommt.

Alle vier Organisationen des aktuellen Protestbriefs waren Teil jener Expertengruppen, auf deren teils noch gar nicht vorliegendes Votum sich die Bundesregierung in Brüssel beim Bitten um Milde berufen hatte. Die Ergebnisse der Expertengruppen dokumentierten "die nachhaltigen Anstrengungen Deutschlands zur Verringerung der Stickstoffdioxidbelastungen in den belasteten Ballungsräumen", schrieben die Minister am 9. Januar nach Brüssel. Der Europäischen Kommission zufolge werden in 23 von 28 Mitgliedsstaaten - und europaweit in insgesamt mehr als 130 Städten - die EU-Normen für Luftqualität dauerhaft nicht eingehalten. In Europa gebe es deswegen jedes Jahr mehr als 400 000 vorzeitige Todesfälle. In den Städten sind Dieselfahrzeuge für einen Großteil der Stickoxid-Emissionen verantwortlich. Bereits im Februar 2017 hatte die Kommission wegen der andauernden Überschreitung der

Grenzwerte bei Stickoxid eine letzte Warnung an Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und Großbritannien ausgesprochen.

Eklat in Diesel-Expertengruppe düpiert Bundesregierung

Im Kampf gegen hohe Abgasbelastung sollten hochrangig besetzte Gremien Lösungen erarbeiten. Umweltschützer steigen nun aus. Ihnen kommt der Verbrennungsmotor zu gut weg.
 Von Markus Balser [mehr...](#)

[zur Startseite](#)

Diskussion zu diesem Artikel auf: [Rivva](#)

Themen in diesem Artikel: [Feinstaub](#) [Umweltpolitik](#)

©SZ vom 30.01.2018/been

Das könnte Sie auch interessieren

powered by [pista](#)

ANZEIGEN



MDM Deutsche Münze
5-Euro-Sammlermünzserie



Richard Borek Briefmarken
Briefmarken Zweiter Weltkrieg



Amtsgericht München
84-Jährige darf nicht in Raten zahlen

Nachrichten von [SZ.de](#)



Tödliche Fehler beim Baumfällen
Wenn der Griff zur Motorsäge der letzte ist



Seefeld
200 Meter langer Erdwall: Bürgermeister fühlt sich getäuscht



Promis der Woche
Ein angebliches Date und ein unerwünschter Kuss



Bundesliga
Ein Sieg der Leidenschaft über behäbige Abgeklärtheit



Grundeigentümer wehren sich
Auf dass die S7 nie ankomme



Borussia Dortmund
Geniestreich von Spongebob

Mehr zum Thema

VERLAGSANGEBOTE



Umweltpolitik
Der peinliche Auftritt der Autonation



Umweltpolitik
Deutschland wegen schlechter Luft am Pranger der EU



Verkehr in den Städten
Modellstädte erteilen Gratis-ÖPNV eine Absage

Umweltpolitik
Grüne diskutieren über Flächenfraß

SZ Espresso
Das Wochenende kompakt - die Übersicht für Eilige

SZ Stellenmarkt

Executive Architect (m/w) Lead Architect Bund

BWI GmbH, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Deutschland, Schleswig-Holstein, Berlin, Sachsen, Hessen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Bremen

Berater Public Sector (m/w)

Cassini AG, 80331 München - Altstadt, Stuttgart - Mitte, Bayern, 80331 München - Isarvorstadt, Berlin, 60308 Frankfurt am Main, Stuttgart - West, Frankfurt am Main, 20038 Hamburg, 80331 München - Lehel, 40210 Düsseldorf (Stadt), Brandenburg, 70173 Stuttgart - Mitte, München, Stuttgart - Süd, Stuttgart - Nord, Hamburg, 40212 Düsseldorf, 10115 Berlin

Ingenieur / Techniker als Elektrokonstrukteur (m/w) Abwasserbehandlung

DAS Environmental Expert GmbH, 01219, 01097 Dresden

[Alle Angebote](#)

Meistgelesene Artikel

- 1 Nach der Freilassung **Yücel: Merkel hat progressive Kräfte in der Türkei verraten**
- 2 Aus der Vogelperspektive **Zeitreise in ein fremdes München**
- 3 Pegida **Ernst nehmen, auch wenn's schwer fällt**

Leser empfehlen

- 1 Pegida **Ernst nehmen, auch wenn's schwer fällt**
- 2 Werbeverbot für Abtreibungen **Spahn: Es geht "um ungeborenes menschliches Leben"**
- 3 Nach der Freilassung **Yücel: Merkel hat progressive Kräfte in der Türkei verraten**

ANZEIGE

[Datenschutz](#) [Nutzungsbasierte Onlinewerbung](#) [Mediadaten](#) [Newsletter](#) [Eilmeldungen](#) [RSS](#) [Apps](#) [AGB](#) [Jobs bei der SZ Digitale Medien](#) [Kontakt und Impressum](#)

Copyright © Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

**zur
Startseite**